

Umstrittene Ausweisungen

Auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Xavier Bettel zu den Ausweisungen eines Weißrussen nach Minsk mit Hilfe der "Luxembourg Air Rescue a.s.b.l. (LAR)", teilte der delegierte Außenminister Nicolas Schmit diese Woche mit, dass neben dieser Rückführung am 12. Oktober 2006 drei weitere durch die Rettungsflugzeuge der LAR erfolgt seien. Die Regierung habe nur ein einziges Mal explizit auf einen Rücktransfer durch die LAR bestanden, so Schmit. Dies sei bei der Ausweisung eines Iraners nach Athen der Fall gewesen, "qui après s'être dérobé de la surveillance de la police judiciaire devait se blesser gravement en faisant une chute dans la vallée de la Pétruse". Im Fall des Weißrussen hätte die Regierung den Rückflug nicht bei der LAR angefragt, vielmehr sei dieser im Rahmen ihrer Zulieferungstätigkeit für die Luxair Executive S.A. erfolgt. "Sachant que tout est entrepris pour effectuer les rapatriements par vol régulier, les cinq vols individuels où cela n'a pas été possible, ont engendré un coût total de 82.600 euros", so Schmit. Seine Antwort auf die Frage, ob die Ausweisungen in den einzelnen Fällen zu verantworten seien, ist zwiespältig: Im Fall des Weißrussen verurteilt er zwar das Regime in Minsk, stuft die betreffende Person jedoch aufgrund mangelnder Beweise als nicht gefährdet ein.

Einsatzkommando Blauer Hirsch?

Wer die Neugierde hatte letzten Samstag die Rotonden und das groß angekündigte Eröffnungsfest zu besichtigen, stieß als erstes auf harten Gegenwind. Wartezeiten von einer Viertel- bis zu einer halben Stunde und ein mehr als unfreundlicher Sicherheitsdienst hielten viele davon ab, den blauen Hirschen und das dazugehörige Kulturjahr mit einzuweihen. Sogar geladene Gäste, sowie Personal des 2007-Organisationskommittees fanden keine Gnade vor den übereifrigen Security-Männern und mussten warten. Diese sollten lediglich dem Schutz der Gäste dienen und sie nicht schikanieren, was offenkundig der Fall war. Nun hat die Generalkoordination in einem Pressecommuniqué Besserung gelobt: Man werde sich bemühen herauszufinden ob beim Abzählen der Besucher alles mit rechten Dingen zugegangen sei, heisst es. Auch, dass nicht mehr als 2700 Leute auf den Standort der Rotonden eingelassen werden dürfen - dies aus Sicherheitsgründen, da die Rotonden nicht über genügend Notausgänge verfügen - wird erklärt. Nun kann man sich fragen warum Eingang und Ausgang der Rotonde 2 vom Wachpersonal blockiert wurden, was im Falle eines Feuers sicher zu einer Katastrophe geführt hätte. Oder man kann noch mal ein Auge zudrücken und daran glauben, dass nächstes Mal nicht dieselben Fehler begangen werden. Und dass sie wenigstens einen anderen Sicherheitsdienst verpflichten, deren gibt es in Luxemburg ja mehr als genug.

Reach durchs Parlament

Am Ende eines jahrelangen und zähen Kampfes stimmten 529 Europa-Abgeordnete dafür: Am Mittwoch wurde die Reach-Verordnung für Chemikalien im Europaparlament angenommen. Dagegen stimmten neben den Fraktionen der Grünen und der Linken (zusammen 83 Abgeordnete) nur 15 weitere Parlamentarier, 24 enthielten sich. Die Einigung führe zu "einem ausgewogenen System", kündigte Berichterstatter Guido Sacconi von den italienischen Sozialisten an. Um den Kompromiss mit Ministerrat und Kommission zu finden, habe man "den Himalaya besteigen müssen". Der nun geborene Riese habe Porzellanfüße meinen Umweltschutzgruppen, die sich ebenso wie Grüne und Linke enttäuscht über den Ausgang des Verhandlungsmarathons zeigten. Zwar sei die Regelung besser als gar keine, doch enthalte sie ganz entscheidende Lücken. Beispielsweise dürften krebserregende Substanzen auch weiterhin eingesetzt werden, ohne dass Fristen gelten und obwohl Alternativen bestehen. Nun sei die Gelegenheit, Zehntausende von Chemikalien zu kontrollieren, verpasst worden. Reach fasst die 40 bisherigen Rechtstexte zum Chemikaliengesetz in einer Verordnung zusammen, sie tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.

*Am Mittwoch hat das Parlament ohne große Diskussionen eine Reform des Elternurlaubs gestimmt. Dass sie substantielle Verschlechterungen enthält, kritisierte lediglich die Privatbeamtenkammer. Ihr Präsident Jean-Claude Reding befürchtet einen Rückschritt.*

INTERVIEW

"Die klassische Rollenteilung wird zementiert"

**woxx: Über 3.000 Personen sind zurzeit im Elternurlaub, davon ein Viertel Männer. Ist die Maßnahme, die 1999 eingeführt wurde, eine Erfolgsgeschichte?**

**Jean-Claude Reding:** Vor der Einführung des Elternurlaub haben die meisten Frauen, wenn sie Mutter wurden, die Erwerbsarbeit aufgegeben. Gegenüber damals ist der Congé parental also durchaus ein großer Fortschritt. Dass die Aktivitätsrate der Frauen in den vergangenen Jahren gestiegen ist, hat viel damit zu tun, dass die Altersgruppe der Frauen bis 35 Jahre stärker im Beruf bleibt. Elternurlaub ist zusammen mit den neuen Schulzeiten oder den Anfangstrukturen für Kinder ein Teil der tief greifenden Reform der Arbeitsorganisation. Ob damit aber die Gleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt gefördert wurde, das ist - ähnlich wie bei der Teilzeitarbeit - eine schwierige Frage.

**Laut KPMG-Evaluierungsstudie von 2002 stellt der Luxemburger Elternurlaub die klassische Rollenteilung nicht in Frage. Ist die Empfehlung, den Elternurlaub bei Männern stärker zu fördern, in das neue Gesetz eingeflossen?**

Es gibt eine Reihe von Präzisierungen. Verbesserungen in dem Sinn, dass Väter stärker zum Inanspruchnehmen des Elternurlaubs bewegt würden, gibt es jedoch nicht. Im Gegenteil: Das klassische Modell wird zementiert. Hier wurde eine Chance verpasst, in eine andere Richtung zu gehen. Die EU-Kommission hatte Luxemburg aufgefordert, die Bedingung abzuschaffen, den ersten Elternurlaub im



Anschluss an den Mutterschutzurlaub zu nehmen. Der Gesetzgeber hat nun für diesen spezifischen Fall einen dreimonatigen, unbezahlten Elternurlaub eingeführt. Die Tendenz, dass es fast immer die Frau ist, welche den ersten Urlaub nimmt, wird so noch verstärkt. Und der Staat gibt auch noch vor, dass man es nicht anders machen soll. Man hätte problemlos auf die Einwände der europäischen Kommission mit einer Loslösung des ersten Elternurlaubs vom Mutterschaftsurlaub reagieren können. Das hätte stärker mit dem Geist des Elternurlaubs übereinander gestimmt - und vielleicht auch dazu geführt, dass mehr Männer den Elternurlaub nehmen. Zudem wäre die Möglichkeit einer Fraktionierung des Urlaubs sinnvoll gewesen.

**Die EU-Kommission hat ebenfalls beanstandet, dass der Elternurlaub bei seiner Einführung nicht retroaktiv für Eltern mit Kindern unter fünf Jahren galt. Nun soll auch hier ein unbezahlter Urlaub eingeführt werden, um enorme Folgekosten zu vermeiden. Wie konnte so ein Schnitzer passieren?**

**Zur Person**  
Jean-Claude Reding, Präsident des OGB-L, hat seit 2004 ebenfalls den Vorsitz der Privatbeamtenkammer inne. Damit steht er an der Spitze jener Berufsvertretung, in der sich proportional die meisten weiblichen Beschäftigten wieder finden.

wenig Diskussionen in der Öffentlichkeit aufkommen.

**Was halten Sie von der Position der parlamentarischen Familienkommission - und besonders des sozialistischen Koalitionspartners - zur Reform des Elternurlaubs?**

Ich weiß nicht, welche Diskussionen innerhalb der Kommission stattgefunden haben. Ich finde aber, dass eine Reihe der Änderungen, die nun vorgenommen wurden, Verschlechterungen sind. Zum Beispiel bezeichnet die Regierung die Praxis, den zweiten Elternurlaub so spät wie möglich vor dem letzten Termin, dem 5. Geburtstag des Kindes zu nehmen, als Missbrauch. Nun erzwingt der Gesetzgeber, dass die erste Hälfte dieses Elternurlaubs vor diesem Zeitpunkt abgelaufen sein muss. Für uns ist das unverständlich, umso mehr die EU-Direktive vorsieht, dass das maximale Kindesalter acht Jahre betragen kann.

**Die KPMG-Evaluierung hält fest, der Elternurlaub habe auch im Bereich Arbeitsplatzbeschaffung nicht viel gebracht.**

Der positive Beschäftigungseffekt des Elternurlaubs wird meines Erachtens in der KPMG-Studie unterschätzt. Es stimmt, dass das Arbeitsamt nicht viele Personen platziert hat. Aber eigentlich müsste man prüfen, welchen Einfluss der Elternurlaub auf die Beschäftigungsrate an sich hat.

**Trotzdem werden 40 Prozent der Elternurlaube von den Arbeitgebern gar nicht ersetzt.**

Nicht jeder Posten kann Eins zu Eins ersetzt werden. Oft wird innerhalb des Betriebes umorganisiert, und dann werden in anderen Bereichen neue Leute eingestellt, ohne dass das statistisch erfasst wird. Eine positive Neuerung im Gesetz ist übrigens der "remplacement en cascade", also die Möglichkeit, dass Ersatzleute auch in anderen Bereichen eingesetzt werden können als auf dem frei gewordenen Posten.

**Der Elternurlaub gehört zu den Sozialleistungen, die seit den letzten Tripartite-Beschlüssen nicht mehr indexiert sind. Haben die Gewerkschaften versagt?**

Die Desindexierung des Elternurlaubs war eine der Positionen der beiden Regierungsparteien, bei denen sie nicht mit sich reden ließen. Wir waren damit nicht einverstanden, konnten uns aber in den Verhandlungen nicht durchsetzen. Deshalb werden sich die Gewerkschaften immer wieder für eine Erhöhung einsetzen müssen. Oder die nächste Regierung muss die automatische Indexierung wieder einführen. In der Debatte haben sich jedoch kaum Parteien für die Indexierung eingesetzt, schon gar nicht für die Indexierung der Sozialleistungen - auch nicht auf Seiten der Opposition.

**Interview: Renée Wagener**